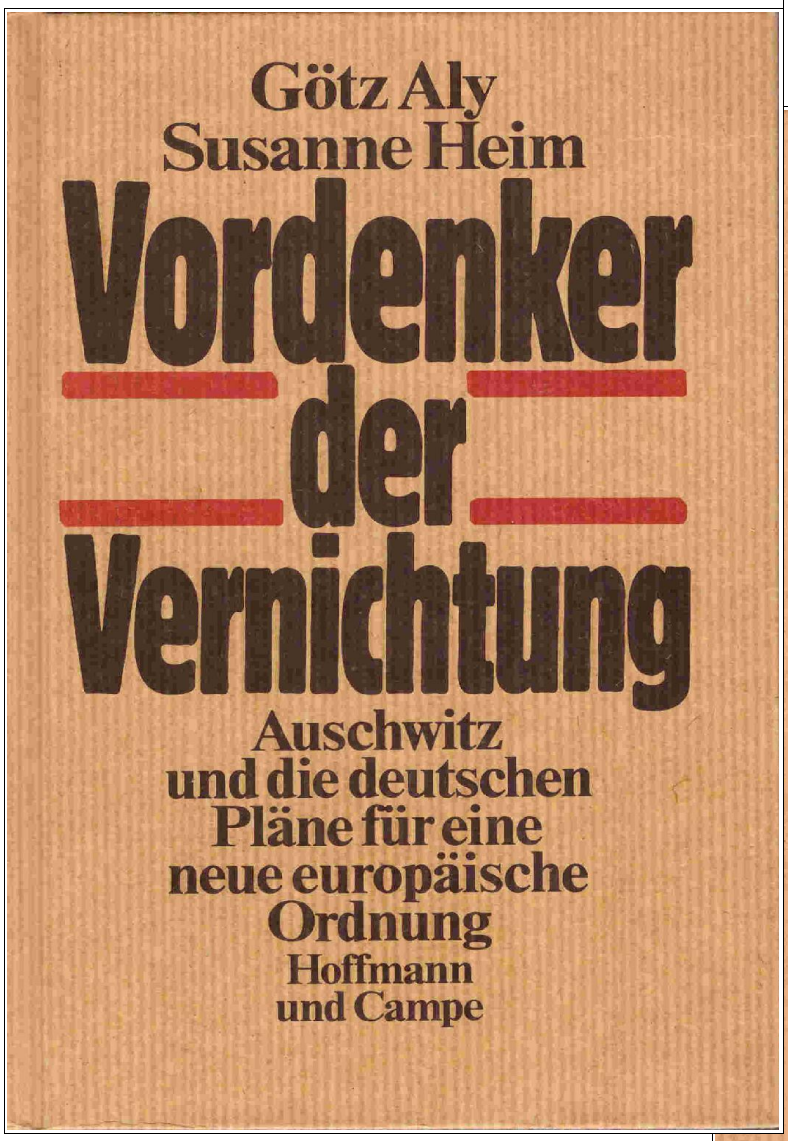
* * *

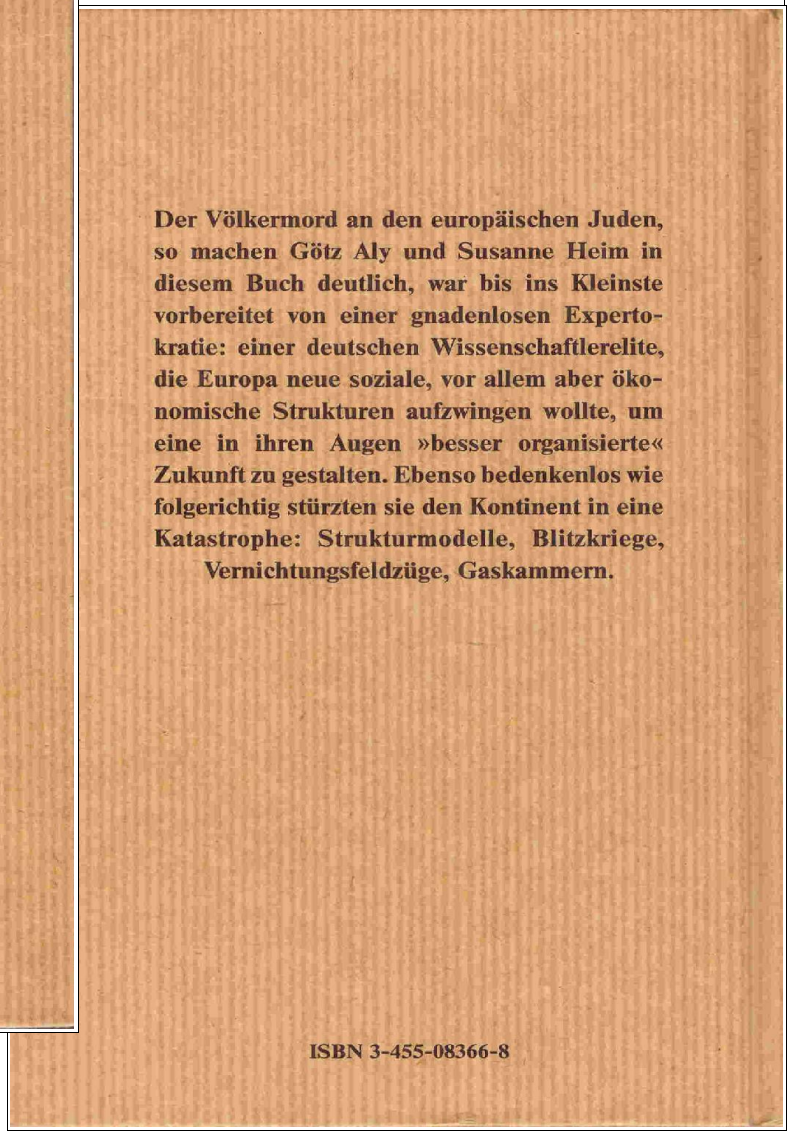
**Vor Jahren trug sich ein Fall zu, der verständlicherweise keinerlei Aufmerksamkeit erregte. Daß er hier vorgestellt werden kann, liegt an der periphären Beschäftigung des Schreibers mit den Veröffentlichungen von Herbert Taege. Dadurch geriet ein Buch in seine Hände, das von einem Dr. Fritz Arlt im Jahre 1995 als Verteidigung und Klärung gegen Behauptungen seitens des hochproduktiven Autors Götz Aly, in gemeinsamer Arbeit mit Susanne Heim, in einem Buch erhoben wurden, das im Jahre 1991 erschienen war (s. u.).**

**Aly, dessen Lebenswerk darin besteht, auch eher unbekannte kompromittierende Aspekte und Zusammenhänge aus der Zeit des Nationalsozialismus und danach ans Licht zu ziehen und die jeweiligen Exponenten der Öffentlichkeit in kämpferisch-aufklärerischer Manier zu präsentieren, hatte zu Beginn seiner Arbeit an besagtem Buch einen kurzen Briefwechsel mit Dr. Arlt, einer jener Personen, die Aly in Verfolg der angelaufenen Recherchen zu seinem Thema dingfest gemacht zu haben meinte. Diesen Briefwechsel dokumentiert Dr. Arlt auf den ersten Seiten seines Buch.**

**Im weiteren sollen hier die Kopien der jeweiligen Schreiben eingefügt werden, als Hinweis dafür, wie sich die Arbeit eines Historikers manchmal gestaltet und wie sich der Erfolgsautor Aly in diesem konkreten Fall als Historiker aufzuführen beliebte. Auf weitere Auszüge aus Arlts Buch wird hier wegen der speziellen Materie verzichtet. Wer auch an den Abschnitten 2 bis 4 interessiert ist, kann versuchen, das Bändchen (150 Seiten) noch antiquarisch zu finden. Als dazu nötige Information werden Titel und Rücken, sechs erläuternde Seiten und Arlts Abschnitt 5, seine direkten Entgegnungen auf die in Alys Buch abgedruckten Behauptungen eingefügt.**

**Das Buch von Aly und Heim in der Originalausgabe und die Porträts. Es gibt sicher schönere Aufnahmen der beiden; daher sei ausdrücklich gesagt, daß die Physiognomik, die im vorletzten und letzten Jahrhundert eine gewisse Rolle spielte, als Wissenschaft nicht (mehr) anerkannt ist.**



# POLEN-
# UKRAINER-
# JUDEN-
# POLITIK

Fritz Arlt

**Im Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete 1939 bis 1940.**

**In Oberschlesien 1941 bis 1943**

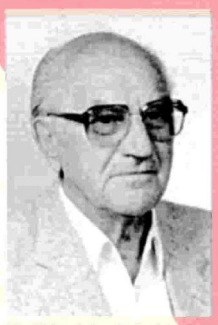
**und**

**im Freiheitskampf der unterdrückten Ostvölker.**

Dokumente, Äußerungen
von Polen, Ukrainern und Juden;
Richtigstellungen von Fälschungen
Erinnerungen eines INSIDERS

Wissenschaftlicher Buchdienst Herbert Taege
31694 Lindhorst, 1995

**DER AUTOR Dr. Fritz Arlt, geb. 1912, zum**



**Sinn dieses Buches:**

„Richtigstellende Informationen, die der Entkrampfung einer in die Zukunft gerichteten, auf dokumentierter Wahrheit beruhenden Vergangenheits-bewältigung dienen sollen."

Dr. Fritz Arlt, ein Insider im volks- und ostpolitischen Vorgehen des Dritten Reiches, gibt als einer von vielen ehemals Führenden durch Dokumente gesicherte Informationen, die einem realistischen Verständnis der inneren Dynamik in den Führungsstrukturen des Dritten Reiches dienen können.
Diese zeigen, daß die einer friedlichen Entwicklung dienenden Grundsätze auch damals von Führungskräften gegen die zwangsläufig ins Verderben führenden Machenschaften der herrschenden Funktionäre vertreten und auch realisiert wurden.
Das Phänomen dieser sich nur der Nation verantwortlich fühlenden „Dissidenten" war ressort-übergreifend, also Partei, Wehrmacht, Verwaltung und Wirtschaft erfassend.
Die Informationen zeigen, daß konstruktive friedenschaffende Tendenzen vorhanden waren, und zwar je nach der regionalen Situation zu den Nachbarstaaten und zu den Juden. Hierin liegt der Grund für die Zurückweisung jeder Kollektivschuld-Zuweisung.
Die Informationen könnten auch einen Beitrag zur historischen Reflexion über das deutsch-jüdische und das deutsch-osteuropäische Verhältnis leisten durch Richtigstellungen und Fakten.
Wer über die Geschichte des Generalgouvernements, der Provinz Oberschlesien oder der Ost-Freiwilligen schreiben will,darf die hier vorgelegten Informationen nicht übersehen.
Das Buch zeigt, daß ein realistisches Dissentieren damals – wie auch heute – MUT und OPFER verlangen.

ISBN: 3-00-000 118-2

**Vorder- und Rückseite des Bändchens von Fritz Arlt und sechs einleitende Seiten . . . .**

## Der Verleger zum Verständnis von Ziel und Inhalt der Veröffentlichung

Was im Rahmen des Kriegsgeschehens an Unmenschlichem, an Verbrechen gegen die Menschenrechte seitens der Kriegführenden geschehen ist, ist nicht zu leugnen. Der Verfasser gehört der Generation an, die in Deutschland generalisierend für schuldig erklärt wird. Er will aus seinem Erfahrungsbereich – nachprüfbar an Dokumenten – einen Beitrag zu einer objektiveren, kritischen Beurteilung seiner Generation leisten. Er will vorhandene ostgeschichtliche Darstellungen ergänzen und Unrichtigkeiten berichtigen.

**1. Volkstumspolitik im Generalgouvernement 1939/40**

Den Anstoß dazu gab der Oberbefehlshaber Ost, Generaloberst Blaskowitz: Im Generalgouvernement (GG) wurden der Geschichte des Raumes und der Haager Landkriegsordnung entsprechende eigenständige Regelungen der Polen-, Juden-, Ukrainer-Politik betrieben. 1940 wurde durch Kommissionen des Internationalen Roten Kreuzes, des US-Hoover-Komitees, us. jüdischen Joint ohne Beanstandungen nach den Artikeln der Haager Landkriegsordnung kontrolliert. Der Vorgang ist beschrieben in der jüdischen Literatur.

Eine Änderung dieser Volkstumspolitik fand erst im letzten Quartal 1940 statt. Generalgouverneur Dr. Frank konzedierte dem RFSS, Heinrich Himmler, die diesem im Oktober 1939 als Reichskommissar für die Festigung Deutschen Volkstums für das Reichsgebiet – nicht für das GG. Von Hitler zugesprochene volkspolitische Regelvollmacht … Himmler verlangte die Entlassung Arlts.

**2. Volkstumspolitik in der Provinz Oberschlesien 1941 ff.**

Nach Gründung der Provinz Oberschlesien im Januar 1941 wurde die bis dato dem Höheren SS- und Polizeiführer, SS-Obergruppenführer von dem Bach-Zelewski, obliegende Vollmacht der volkstumspolitischen Eingliederung der ehemaligen deutschen und deutsch-österreichischen Verwaltungsgebiete dem Gauleiter und Oberpräsidenten Fritz Bracht, als Beauftragten des RFSS, Reichskommissar für die Festigung Deutschen Volkstums, übertragen. (Bislang stellvertretender Gauleiter von Josef Wagner, der am 19. 1. 41 auf seine Ämter in Schlesien und Westfalen verzichtete.) Die volkspolitische Integration in Oberschlesien erfolgte unter wanderungsgeschichtlichen Gesichtspunkten durch Assimilation, im Unterschied zu der Evakuierungspolitik der anderen eingegliederten Ostprovinzen.

Einsiedlung einer geringen Anzahl von Umsiedlern aus der Bukowina, aus Galizien und dem Baltikum; Polen, die ihr Land verlassen mußten, wurden in der Provinz umgesetzt. Arlt wurde am 30. 1. 43 wegen der ihm in der Integration



obliegenden Verantwortung das Mißtrauen Himmlers ausgesprochen. Er ging zur Truppe an die Ostfront.

**3. Himmlers ostpolitisches Damaskus / Sept. 1943**

SS-Obersturmbannführer Gunther d'Alquen, Kommandeur der Kriegsberichterstandarte „Kurt Eggers" und Chefredakteur des „Schwarzen Korps" machte Himmler einsichtig, daß der im Canariskreis 1941 umlaufende Satz „Die Sowjetunion kann nur unter Kooperation mit den um ihre Freiheit kämpfenden unterdrückten Völkern der Sowjetunion besiegt werden" Rettung aus der hoffnungslosen Situation verspreche. Das SS-Hauptamt verließ die „großgermanische Konzeption". Die „Germanische Leitstelle" wurde zum „Europaamt". Eine Osteuropa umfassende strategische Konzeption bestimmte nunmehr die Rekrutierung in der SS.

Arlt, zwischenzeitig bei Kiew schwer verwundet, wurde unter Rehabilitation in Rang und Denken zum Leiter der Oststelle im SS-HA ernannt. Aus seinem Aufgabenbereich brach der Chef des Reichssicherheitshauptamtes den Stab Wlassow als seinen Förderungsbereich heraus. Wlassow vertrat mit seinen baltischen Führern eine großrussische Konzeption, im Gegensatz zum SSHA. Die bereits vorhandenen Kampfeinheiten der um ihre Befreiung ringenden Ostvölker wurden in der Oststelle gefördert und betreut. Dies geschah in enger Kooperation mit dem General der Freiwilligenverbände, Gen. Koestring, und dem Ostministerium (Prof. von Mende). Die kriegs- und völkerrechtlichen Voraussetzungen für eine Internierung und Nichtauslieferung an die Sowjets wurden herbeigeführt. Aus den Nationalkomitees (beim Ostministerium anerkannte Sprechergremien) wurde die Konstituierung von Emigrantenregierungen gefördert. Grundprinzip: An der Front stehen und nicht das Gesicht verlieren; Substanz retten!

Nach Vernichtung der Schriftstücke der Oststelle gingen Arlt und die Leiter der nationalen Leitstellen an die Front zu ihren Einheiten oder zu den Emigrantenregierungen.

**4. Eingewoben in die Gesamtdarstellung**

sind zur Sublimierung der in der Literatur abgehandelten Kollektivdarstellungen der Kriegsgeneration die Beispiele selbständigen Denkens und Handelns von Männern, die in patriotischer Verantwortung, z. T. in Dissens zu dem von der Reichsregierung verordneten Maßnahmen, die von ihnen als falsch und für das Vaterland verhängnisvoll erkannt waren, handelten.

Eingewoben in die Gesamtdarstellung ist eine beweiskräftige Richtigstellung von Verleumdungen.

Der Verfasser hofft damit beiläufig, Historiker auf die Methoden der *Dichtung* historisierender Journalisten aufmerksam machen zu können.

Haghof, im Juni 1995 — Herbert Taege

# Einführende Erläuterungen zu vorliegender Schrift

**1. Zur Veranlassung**

Dr. Götz Aly (geb. 1947) und Susanne Heim (geb. 1956) haben 1991 bei Hoffmann und Campe, Hamburg, eine mit öffentlichen Mitteln geförderte Schrift: „Vordenker der Vernichtung / Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung" veröffentlicht.

„In diesem Buch", so schreiben sie in der Einleitung, „versuchen wir, die Zusammenhänge zwischen der Politik der Modernisierung und der Politik der Vernichtung offenzulegen." (S. 9.) Sie werten ihre Veröffentlichung als wissenschaftliche Entdeckung, die die Erkenntnisse anerkannter Historiker überholt: „Unsere Überlegungen und die Ergebnisse unserer Quellenforschung widersprechen einem bereits festgefügten Geschichtsbild: Wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, so herrscht doch breite Übereinkunft darüber, daß sich der Mord an der europäischen Judenheit historisch rationalen Erklärungsversuchen verschließt." (S. 11.) „Meist einfach übergangen oder doch relativiert wird dabei, daß die Vordenker der ‚Endlösung' die Ausrottungspolitik gegen andere Bevölkerungsgruppen, insbesondere die der Sowjetunion und Polen, in einer Linie mit dem Mord am europäischen Judentum sahen, als Bestandteil eines Gesamtkonzepts ‚negativer Bevölkerungspolitik'". (S. 11.) „Leute wie Meinhold, Gater, Kuchenbäcker, Seraphim, Oberländer, Bochdam-Löptien, Nonnenmacher, Emmerich oder Arlt lieferten eine volkswirtschaftlich und bevölkerungssoziologisch ‚sinnvolle' Begründung für den Massenmord in Polen. Sie forderten diesen Mord und planten ihn als ersten wirklichen Schritt in ihre Konzeption ein." (S. 290.) „Unsere Analyse zeigt ... daß ... die Spitzen des damaligen Staates wissenschaftliche Politikberatung in hohem Maße förderten und deren Ergebnisse als wichtige Grundlage gerade für die Entscheidungen über den Mord an Millionen Menschen nutzten." Ein Leitbild ihres Bemühens „... neue Dokumente ausfindig zu machen und Entscheidungsabläufen auf die Spur zu kommen ..." (S. 18) ist Hermann Rauschning. „Ein frühes Zeugnis dieser Art von Politikberatung im nationalsozialistischen Deutschland dokumentiert Hermann Rauschning aus dem Jahr 1934." (S. 12.)

Rauschnings „Gespräche mit Hitler", Zürich 1940, sind 1984 von W. Hänel als Geschichtsfälschung entlarvt worden.

In ihrem Buch reihen die Verfasser Dr. G. Aly / S. Heim den Schreiber der vorliegenden Veröffentlichung, Dr. Fritz Arlt (erwähnt auf rund 50 Seiten), in die „gnadenlose Expertokratie einer deutschen Wissenschaftselite" (Klappentext) ein.



**2. Herausforderung und Verpflichtung**

In unserer von den Medien beherrschten Zeit ist die Einsicht zur Verpflichtung geworden, daß derjenige Beihilfe zu verfälschender öffentlicher Bewußtseinsbildung leistet, der sich nicht gegen Methode und Inhalt unwahrer und irreführender Darstellungen wendet.

Der Verfasser vorliegender Veröffentlichung hat über 60 Jahre hinweg mit Bitterkeit und Zorn bewußt erlebt, welche personellen und politischen Folgen eine verlogene Meinungsbildung hat, wie sie von allen Seiten und auf allen Gebiete betrieben wird.

Dem Verfasser fällt es schwer, und es widert ihn an, in eigener Sache in einem solchen, die Wahrheit verfälschenden Meinungsbildungsprozeß aktiv werden zu müssen. Er tut dies auch im Interesse seines Ansehens und der Beurteilung durch Kinder und Enkel, Freunde und Kollegen und all derer, die seinen Namen aus der einschlägigen Literatur kennen.

Der Verfasser ist sicher, neben dem in dem Buch „Vordenker der Vernichtung" (im folgenden VdV) zu Unrecht verleumdeten Prof. Dr. Dr. Oberländer, einer der wenigen noch Lebenden zu sein, mit denen sich Dr. G. Aly / S. Heim beschäftigen. Er hat den Vorzug, die falsche Darstellung seiner Person, seines Denkens, seiner Funktion und seiner Tätigkeit widerlegen zu können. Er verfügt über seine eigenen Veröffentlichungen aus den Jahren 1939/40 und 1942, aus denen hervorgeht, was der Verfasser dachte, was ihn bewegte und was er im Interesse der Erhaltung fremden Volkstums zu tun bemüht war.

Er ist dabei gezwungen, seine Funktion und seinen Funktionsbereich zu schildern. Dies könnte den Eindruck erwecken, als wolle er sich rechtfertigen oder eine günstige Selbstdarstellung geben. Nichts liegt ihm ferner als das. Er muß aber so verfahren, weil die Verfasser von ihrer Interpretation des Denkens, der Funktion und der Funktionsbereiche Arlts ihre Beweise für ihr Phantombild Arlt ableiten.

Mit der Person des Verfassers haben sich auch Zeitzeugen beschäftigt in Schriften, die jedermann zugänglich sind. Im Archiv der Entnazifizierungsbehörde München/Hauptspruchkammer/Vorsitzender Herr Rothemund, können Urteile über den Verfasser von Nichtdeutschen, NS-Verfolgten, Polen, Ukrainern, Juden, Kaukasiern nachgelesen werden. Photokopien befinden sich im Privatarchiv des Verfassers.

Der Verfasser hofft, auch Historikern durch das Erhellen von einigen Blindstellen in der zeitgenössischen Geschichtsschreibung neue Einsichten vermitteln zu können.



**3. Erhellende Beiträge zur Zeitgeschichte**

In der zeitgeschichtlichen Darstellung ist der Beginn der Geschichte des Generalgouvernements in den Jahren 1939/40 vernachlässigt. Die Jahreswende 1940/41 stellt eine Zäsur dar. Bis zu dieser Wende wurde im „Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete" das Haager Landkriegsrecht als Handlungsgrundlage seitens des Militärs und der Verwaltung angesehen und befolgt.

Das änderte sich, als RFSS Himmler seine Zuständigkeit als Reichskommissar für die Festigung Deutschen Volkstums (RKF) erhielt und Hitler im Mai 1940 Himmlers volkstumspolitische Pläne billigte. Kennzeichnend für diese Veränderung war die Weglassung der Apposition „für die besetzten polnischen Gebiete" in der Bezeichnung des Generalgouvernements, das 1941 Aufmarschgebiet für den Rußlandfeldzug wurde.

Die grundlegende Gegensätzlichkeit dieser zwei Phasen wird allgemein übersehen, wobei man verbrecherische Taten der zweiten Phase unterschiedslos der ersten zurechnet.

Auch bei der Darstellung der Reintegration der alten deutschen/deutsch-österreichischen Verwaltungsgebiete nördlich der Beskiden in den Gau Oberschlesien (1941-43) übersieht die zeitgenössische Geschichtsschreibung, daß sich mit dem Januar 1941 eine Zäsur vollzog.

Bis Anfang Januar 1941 bestimmten Beauftragte Himmlers nach dessen Gesichtspunkten die „Eindeutschung". Danach geschah die Rückgliederung der alten deutschen Gebiete durch den Gauleiter und Oberpräsidenten nach Assimilationsgesichtspunkten, die den Himmlerschen Anschauungen im Grundsatz zuwiderliefen.

Damit wird auch erklärt, was M. Broszat und C. Madajczyk im Vergleich mit den Eindeutschungsverfahren in den anderen eingegliederten Ostprovinzen im oberschlesischen Verfahren unverständlich war.

Die Kommandierung Arlts nach seiner Verwundung 1944 als verantwortlicher Leiter der Freiwilligenleitstelle Ost im SS-Hauptamt in Berlin gibt die Möglichkeit, etwas zur Klärung der quantitativen und realen strategischen Bedeutung der Freiwilligen aus den russischen und nichtrussischen Gebieten beizutragen.

Die Anerkennung Arlts durch die Vertreter der unterdrückten Völker der Sowjetunion und seine aktive Teilnahme am Freiheitskampf dieser Völker liefern wohl den schlüssigen Beweis gegen das Phantombild, das Dr. G. Aly/S. Heim von Arlt zeichnen.



# Zur Gliederung des Inhalts in Abschnitte und Unterabschnitte

Die Schrift gliedert sich in fünf Abschnitte.

**ABSCHNITT 1:**
**DAS VORSPIEL.**

Der Verfasser stellt an den Anfang einen Schriftwechsel zwischen Dr. Götz Aly und ihm. Dieser Briefwechsel charakterisiert die Art der Untersuchungsmethode des Dr. Aly, den Anspruch auf Glaubwürdigkeit und das Beharren auf Aussagen auch dann, wenn er auf Fehler aufmerksam gemacht worden ist.

**ABSCHNITT 2:**
**BEVÖLKERUNGSWESEN UND FÜRSORGE IM GENERALGOUVERNEMENT.**

**ABSCHNITT 3:**
**OBERSCHLESIEN 1941-1942/43.**

Diesen beiden Abschnitten folgt jeweils ein Unterabschnitt in Form einer Gegenüberstellung von Behauptungen der beiden Verfasser Dr. G. Aly und S. Heim und ihrer Widerlegung unter Hinweis auf eine nachgefügte Dokumentation.

**ABSCHNITT 4:**
**UKRAINE 1943 - 1945.**

Darin wird die Rolle von Arlt und seine Funktion in der Unterstützung der unterdrückten Völker der Sowjetunion aufgezeigt. Dr. G. Aly/S. Heim unterlassen es, diese Zeit darzustellen, in der Arlt sich aktiv an der Front mit ukrainischen Freiheitskämpfern bis zum Kriegsende einsetzte. Hätten sie es getan, so hätten sie nicht umhingekonnt, das Phantom Arlt fallenzulassen.

**ABSCHNITT 5:**
**SONDERSTUDIE ZUR WIDERLEGUNG DER BEHAUPTUNGEN VON DR. G. ALY / S. HEIM ÜBER ARLTS ANTISEMITISMUS.**

# Abschnitt 1

# DAS VORSPIEL

Arlt lehnt ein Gesprächsersuchen von Dr. Götz Aly ab. Dies könnte eine mögliche Erklärung für die persönlich aversive Aufladung Dr. G. Alys gegenüber Arlt sein.

Am 13. 7. 88 schreibt der auf der Friedmannschen Journalistenschule in München ausgebildete Dr. Götz Aly an Arlt einen Brief, der den Empfänger in der Verwirrtheit, Vorverurteilung und Unterstellung an sein Verhör durch Himmler am 30. 1. 43 vor der zweiten „Disqualifizierung" und Entfernung von seiner Funktion erinnert.

Brief von Dr. Götz Aly an Dr. Arlt vom 13. 7. 88:

Sehr geehrter Herr Dr. Arlt,

ich möchte Sie als ehemaliges Mitglied des Sicherheitsdienstes und als ehemaligen Funktionär der deutschen Besatzungsverwaltung in Polen unter bestimmten Voraussetzungen gerne interviewen und mich zu diesem Zweck kurz vorstellen.

Ich bin Historiker und arbeite seit langer Zeit über die deutsche Intelligenz im Dritten Reich, über den Zusammenhang zwischen Bevölkerungspolitik und Judenpolitik, letzteres insbesondere am Beispiel des Generalgouvernements. Dabei bin ich immer wieder auf Ihren Namen gestoßen und habe anhand Ihrer SD-Unterlagen im Document Center in Berlin, anhand des gegen Sie gerichteten Ermittlungsverfahrens in Dortmund, den in den Archiven von Koblenz, Warschau, Katowice und Lwow liegenden Dokumenten einen ganz guten Überblick über Ihre damalige Tätigkeit, vor allem aber über Ihr Denken, das Fragen der Sozialpolitik, der Ökonomie und der Massenvernichtung in einheitlicher Weise betrachtete.

Ich gehe davon aus, daß Sie einer derjenigen Männer sind, die über die wirklichen Motive zur sogenannten "Endlösung der Judenfrage" Auskunft geben können. Sie sind in einem Alter, in dem Sie einen Strafprozeß nicht mehr fürchten müssen, und ich bitte Sie zu überlegen, ob Sie nicht bereit sind, zu Ihrer damaligen Tätigkeit und zu Ihren damaligen bevölkerungspolitischen Vorstellungen Rede und Antwort zu stehen.

Wir brauchen das Gespräch nicht zu führen, wenn Sie das auf der Verteidigungslinie machen wollen, die Sie gegenüber der Dortmunder Staatsanwalt eingeschlagen haben; wir brauchen auch dann nicht miteinander zu sprechen, wenn Sie vorhaben, etwa im Stile der Briefe zu argumentieren, die Sie seinerzeit an Herrn Krannhals oder Lothar Weirauch an Dr. Michael Weichert geschrieben haben. Die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge im Generalgouvernement und der Reichskommissar zur Festigung des deutschen Volkstums in Kattowitz waren - daran lassen die Dokumente gar keinen Zweifel Zentren der intellektuellen und organisatorischen Vorbereitung der "Endlösung". Die "Judenfrage" wurde dort nicht im Sinne eines wild gewordenen Rassismus, sondern unter dem Gesichtspunkt "Überbevölkerung/Bevölkerungsdruck" diskutiert und schließlich "gelöst".

Sehr geehrter Herr Arlt, ich denke, die Fragen, die hier offen sind und die Sie beantworten können, sind ernst genug, und ich würde es für richtig halten, wenn Sie sich entschließen würden, darüber zu sprechen. Das Gespräch müßte dokumentiert werden und dürfte eben von Ihrer Seite nicht unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung und Rechtfertigung geführt werden. Dabei halte ich es für legitim, daß sich jeder Beschuldigte eine Verteidigungsstrategie ausdenkt. Nur interessiert sie mich als Historiker nicht, und ich stütze mich lieber auf die Dokumente, die schwarz auf weiß in den Archiven liegen.

Da ich in den nächsten Wochen in Bayern Urlaub mache, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir direkt an meinen Urlaubsort antworten würden (c/o Lehmann, Seeweg Nord 22, 8919 Dießen-Riederau). Falls Sie zu einem Gespräch bereit sind, wäre es für mich praktisch, wenn es noch während meines Urlaubs, am besten in der Zeit zwischen 1. und 5. August, stattfinden könnte.

Mit freundlichen Grüßen

Aly

Der Brief zeigt alle Charakteristika der eingangs erwähnten Methode der Vorverurteilung und Ansehensschädigung. Schon die erste Zeile enthält eine unwahre Behauptung, die einer Verleumdung gleichkommt. Dr. Aly unterstellt Arlt Planung, intellektuelle und organisatorische Vorbereitung von Massenvernichtung und pervertiert die dokumentarisch festgestellte Würdigung der Arbeit im Generalgouvernement und die durch wissenschaftliche Forschung erfolgte Klärung der Arbeit des Reichskommissars für die Festigung Deutschen Volkstums zur „Vorbereitung der Endlösung".

Im nachstehenden Brief vom 27. 7. 88 begründet Arlt seine Ablehnung einer Begegnung mit Dr. Aly:

Sehr geehrter Herr Dr. Aly,
um allen Mißdeutungen vorzubeugen, vorab meine Mitteilung: Ich sehe in dem Problem, um dessen Aufklärung Sie sich bemühen, das unsere und kommende Generationen belastendste Problem. Zu Ihrer Unterrichtung: Ich habe am Morgen nach der "Kristalnacht" zu Gunsten jüdischer Professoren und eines jüdischen Institutes gehandelt.

Zur Richtigstellung: Ich habe nie dem SD angehört.

Mich hat eine von Ihnen konzidierte Verteidigungsstrategie in meinen Aussagen nicht geleitet. Was ich schrieb und sagte ist die Wahrheit. Sie können von mir keine anderen Aussagen erwarten.

Zu Ihrer Annahme, ich könnte etwas zu der Strategie der "Endlösung" sagen, muß ich Sie enttäuschen. Ich habe gleich anderen nach dem Krieg von diesem unmenschlichen, verbrecherischen Vorhaben erfahren.

Ihre Annahme Abteilung "Bevölkerungswesen und Fürsorge" im GG und die Dienststelle des "Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung Deutschen Volkstums" seine "Zentren der Endlösung" ist falsch und eine furchtbare Unterstellung für die in beiden Verwaltungsstellen Beschäftigten.

Zu den Aufgaben beider Stellen habe ich mich auf Unterlagen stützend in den Ihnen zugänglichen Schriftstücken geäußert.
In OS gab es zu meiner Zeit keinen Bevölkerungsüberdruck, aber einen Arbeitskräftemangel, der mich über meine vorgesetzte Stelle gegen die Umsiedlungsmaßnahmen intervenieren ließ. Bevölkerungswesen und Fürsorg hatte eine für alle Volksgruppen, also auch die Juden geltende positiv Aufgabe.

Aus der Tatsache, daß ich im Frühjahr 1940 eine Schrift herausgab, in der auf Grund polnischer Volkszählung, differenziert nach Volksgruppe und Siedlungsgebieten, die Bevölkerschaft des GG vor Einmarsch der deutschen Truppen festgestellt wurde, ergibt sich die logische Schlußfolgerung, auf die volkspolitische Verantwortung der Verwaltung des G hingewiesen zu haben. Das verlangte Mut, Herr Dr. Aly.

Vorstehende Mitteilungen zeigen Ihnen, daß ich Ihnen in Ihrem Bemühen nicht dienlich sein kann und sich darum auch eine Begegnung erübrigt

Mit freundlichen Grüßen
Arlt.

Am 13. 11. 88 erschien in „Der Sonntag", Wochenblatt der Evangelischen Kirche in Sachsen, nachstehender Bericht über einen Vortrag Dr. Alys vor der Arbeitsgemeinschaft Kirche und Judentum in Leipzig.

## Biographie eines Unbelehrbaren

Dr. Fritz Arlt, geboren 1912, trat schon 18jährig der NSDAP bei. Zwei Jahre danach begann er in Leipzig Theologie und Soziologie zu studieren. (Das befähigte ihn, später Angehörigen des SD Hebräischunterricht zu erteilen.) 1936 promovierte er, 1939 wurde er zum Beauftragten des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP-Reichsleitung für das okkupierte polnische Gebiet Krakau ernannt sowie zum Leiter der Gruppe „Bevölkerungswesen und Fürsorge" (welch ein Euphemismus!) bei der Regierung des Generalgouvernements.

Nach Kriegsende machte der SS-Obersturmbannführer (= Oberstleutnant) eine zweite steile Karriere: Er wurde Mitglied der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Deutschen Industrie-Institutes in Köln. Ein Ermittlungsverfahren, das man 1962 gegen ihn anstrengte, wurde rasch wieder niedergeschlagen. Heute lebt Dr Arlt noch immer in der Bundesrepublik: unbehelligt und sich keiner Schuld bewußt. Er hat angeblich nur das Ärgste abwenden helfen, schweigt aber darüber, warum seine Adresse 1941 lautete: „KL Auschwitz – Lagerverwaltung".

Der westberliner Historiker Götz Aly – eingeladen von der Arbeitsgemeinschaft Kirche und Judentum sowie der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig – enthüllte die Biographie eines Mannes, dessen Lebensweg außergewöhnlich und typisch zugleich verlief.

Seine ersten Sporen verdiente sich Fritz Arlt in Leipzig, wo er – 23jährig – „vorbildhaft" die Taufbücher der Kirchen verkartete, um so neben den Mitgliedern der Synagoge auch die „Rassejuden" und „Mischlinge" erfassen zu können. Er vermochte seine Arbeit lückenlos abzuschließen, weil kein Pfarrer ihm die Einsicht in das jeweilige Kirchenbuch verweigerte. Diese Kartei wurde später zum Buche des Todes, nach welchem man Leipziger Juden listenmäßig deportieren und nachfolgend vergasen konnte.

Als Fritz Arlt 1940 Reichskommissar zur Festigung des deutschen Volkstums in Oberschlesien wurde, oblag ihm dort vornehmlich die Um-, An- und „Ab"siedlung der Einwohner. (Wieder stoßen wir auf grausig schönfärbende Vokabeln!) Er aber befürwortete den Massenmord an „Halbastexistenzen" nicht etwa, weil er von glühendem Antisemitismus getrieben worden wäre, sondern aus kühl ökonomischen Erwägungen heraus. Für ihn stellte die Endlösung einen Faktor wirtschaftlicher Konsolidierung dar. Wo die Ressourcen immer knapper werden, muß eben die Bevölkerung schrumpfen, damit die Mittel für die Überlebenden reichen.

Der Referent zeichnete das Bild einer jungen deutschen Intelligenzschicht von damals, der es erlaubt war, ihre furchtbaren Utopien ungebrochen in die Tat umzusetzen. Gerade die Nüchternheit, mit der sie ihre Ideen verwirklichte, erschreckt. Ihr ist ja nicht einmal die Blindheit des Hasses als mildernder Umstand anzurechnen.

Wenn Dr. Arlt seine Religionszugehörigkeit „ev.-luth." auch bald gegen die Bezeichnung „gottgläubig" ausgetauscht hatte: Warum war die religiöse Erziehung bei ihm wie anderen Naziführern derart wirkungslos geblieben? Eine Frage, die der Zuhörer in der anschließenden Diskussion stark bewegte.

S Hollitzer

*Die Erde wurde in den zwölf Jahren des Faschismus durch Unfrieden, durch Haß und brutale Mißachtung der Menschenwürde mit Blut getränkt. Vergeßt das nicht: Denn das Geschehen zu vergessen, hieße grausame aber doch kostbare Erfahrungen zum Fenster*

Dieser „Schmäh" Dr. Alys hat seine Wirkung in Sachsen und bei Freunden Arlts in der Bundesrepublik. Drei evangelische Theologen intervenieren bei ihrem schriftleitenden Berufskollegen in Leipzig. Sie machen auf die Unwahrheit der Information des kirchlichen Blattes aufmerksam. Eine Reaktion des der Wahrheit verpflichteten Geistlichen erfolgt nicht.

Grundlage der Intervention ist der nachstehende Brief Arlts an Dr. G. Aly, vom 7. 12. 88:

Die Leipziger Veröffentlichungen Arlts waren Gegenstand einer Klärung einer hohen, wissenschaftlichen Autorität in Israel in der Mitte der achtziger Jahre.

Antwortschreiben Dr. Alys an Arlt vom 18. 1. 89

Sehr geehrter Herr Dr. Arlt,

entschuldigen Sie bitte, daß ich erst jetzt dazu komme, Ihren Brief vom 7.12.1988 zu beantworten. Den Artikel, den Sie gelesen haben, über meinen Leipziger Vortrag, kenne ich noch nicht, aber ich vermute doch anhand Ihres Briefes, daß er das wiedergibt, vielleicht manchmal etwas vergröbert, was ich gesagt habe.

Ihre frühe Mitgliedschaft ergibt sich nicht aus meinen Behauptungen, sondern aus Ihrem Lebenslauf. Es mag ja sein, daß Sie 1935 einfach die Zeiten der HJ dazugerechnet haben. Wie auch immer, mir kommt es darauf nicht so an. Wichtiger aber doch Ihre Verbindung zum SD. Lesen Sie sich einmal den anliegenden Brief durch, den Sie und nicht ich am 11.5.1937 geschrieben haben; den Brief über die Besprechung mit der Dienststelle Eichmann habe ich Ihnen ja schon geschickt. Freilich, Sie hatten mit dem SD Schwierigkeiten; das war im Jahr 1942, als ein Teil Ihrer Behörde der RKF in Oberschlesien wegen fortlaufender Korruption verhaftet wurde. Das alles ist sehr gut dokumentiert.

Was nun Auschwitz betrifft, so waren Sie dort gar nicht so selten, haben mehrere dokumentierte Besprechungen mit Höss gemeinsam abgehalten - das können Sie einfach nicht bestreiten -; ebenso sollten Sie sich überlegen, ob Ihnen der markante Antisemitismus Ihrer Doktorarbeit und Ihrer "Untersuchung" über die Juden in Leipzig nicht wenigstens heute die Schamröte ins Gesicht treibt. Es wäre vielleicht gut, wenn Sie die Arbeiten einfach noch einmal durchlesen würden.

Was Ihre Tätigkeit beim RKF betrifft, so habe ich selbstverständlich nie behauptet, daß Sie der Reichskommissar waren, aber aus jedem Geschäftsverteilungsplan der Geschäftsstelle ergibt sich, daß er nicht nur für Bodenerfassung und Bodenregistrierung zuständig war, nicht nur für Ansiedlung, sondern eben auch für Ab- und Umsiedlung und Deportationen. Der RKF war ein wichtiges Instrument, mit bevölkerungspolitischen Mitteln Wirtschafts- und Strukturpolitik zu betreiben, und selbstverständlich waren Sie als junger Bevölkerungsfachmann begeistert dabei.

Und das ist der Kern, um den es mir geht. Sie schreiben 1940 in der Übersicht über die Bevölkerungsverhältnisse im Generalgouvernement:

"Zunächst würde eine große Anzahl von Arbeitsmöglichkeiten für die ortsansässige nichtjüdische Bevölkerung egeben sein, d.h. eine wesentliche Entlastung würde die Schicht der nicht- oder unterbeschäftigten polnischen Bevölkerung erfahren. (...) Ein Teil dieser Menschen könnte dann auf dem Wege einer soziologischen Umschichtung die Stellen in Industrie, Handel und Handwerk einnehmen, die bislang von den Juden eingenommen wurden. Das würde ein wesentlicher Beitrag zur sozialen Gesundung des polnischen Landproletariats sein. Zugleich würde durch Entlastung der Überzahl an landwirtschaftlich Beschäftigten eine weitere Möglichkeit, dem Problem der Überbevölkerung konstruktiv zu begegnen, gegeben sein."

Diese Art von bevölkerungs- und sozialpolitischen Erwägungen kennzeichnet die Arbeitsweise der von Ihnen aufgebauten Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge. Sie haben dort Rassen- und Sozialpolitik miteinander kombiniert und so zur Vernichtung zumindest der polnischen Juden mit beigetragen. Ich erfinde das nicht, sondern es ergibt sich zwingend aus vielen Dokumenten. Ihr Stellvertreter Föhl schreibt am 21.6.1942 an einen SS-Freund:

"Wir nehmen jeden Tag züge mit je über 1000 Juden aus ganz Europa an und verarzten sie hier, bringen sie mehr oder weniger provisorisch unter oder schieben sie meist weiter, hinein in die weißruthenischen Sümpfe Richtung Eismeer, wo sie alle - wenn sie es überleben (und das tun die Juden vom Kurfürstendamm oder aus Wien und Preßburg bestimmt nicht) - gegen Kriegsende versammelt sind, nicht ohne einige Autostraßen fertig gebaut zu haben. (Aber man soll nicht darüber sprechen)."

Das ist die Sprache der Wannsee-Konferenz, das ist Ihre Sprache von damals, das ist nackte Vernichtungsabsicht; auch Herr Föhl ist im übrigen ja, wie Sie sicher wissen, nie bestraft worden. Ihr Nachfolger Weirauch schreibt im Januar 1943 über die von Ihnen aufgebaute Abteilung: "Meine Dienststelle ist für sämtliche die Verwaltung des Generalgouvernements angehenden Fragen volkstumspolitischer Art, auch soweit sie die Umsiedlung betreffen, zuständig. Ich bin über die Grundzüge jeder Aus- und Umsiedlung stets unterrichtet gewesen."

Dasselbe gilt mutatis mutandis für Ihre Tätigkeit beim RKF in Oberschlesien. In Ihrem Brief bestreiten Sie, von "Ballastexistenzen" damals gesprochen zu haben. Ich darf Ihnen dazu einen Auszug aus einem von Ihnen signierten Protokoll vom 14.3.1941 zitieren, wo es im Zusammenhang mit"Reservatsgebieten für fremdvölkische Arbeitskräfte" heißt: "Die Reservatsgebiete werden nach Möglichkeit von den Juden und den nicht arbeitsfähigen Ballastexistenzen befreit."

Sehr geehrter Herr Arlt, es gibt einen intelligenten herrschaftsrationalen Kern des Holocaust - ich habe Ihnen das schon einmal geschrieben -; Sie haben damals Bevölkerungspolitik und Strukturpolitik miteinander verbunden, Sie sind davon ausgegangen, daß das besetzte Polen überbevölkert ist, und daß, wenn es ohne fremde Kredite entwickelt werden soll, dort Menschen um ihre Existenz gebracht werden müssen. Sie haben dabei rassistische und soziologische Kategorien vermischt in einer sehr gefährlichen, zu Menschenvernichtung hinführenden Weise.

Ich würde Ihnen nicht schreiben, wenn ich mir nicht erhoffen würde, daß nochmal einer der damals Beteiligten etwas zu seinen wirklichen Motiven und zu seinem tatsächlichen Verhalten sagt.

Nun, ich weiß, Gedächtnis und Gewissen sind gnädig und verwischen viel. Selbst einige Teilnehmer der Wannsee-Konferenz wollen ja bekanntlich nicht gemerkt haben, was dort verhandelt wurde. Aber ich bitte Sie, sich an Ihre bevölkerungspolitischen Ideen und Theorien zu erinnern, sich daran zu erinnern, wie die Bevölkerungsfrage mit der sogenannten Judenfrage zusammengebracht und wie dann die Konsequenzen diskutiert wurden. In diesem Sinn möchte ich Sie wirklich auffordern, gerade dann, wenn Sie sich mit Ihrer Autobiografie beschäftigen, durch den Schleier der eigenen Rechtfertigungsgeschichte der letzten 40 Jahre durchzudringen und sich zu entschließen, etwas zu den von mir angesprochenen Fragen zu sagen.

Mit besten Grüßen

Arlt antwortet am 8. 2. 89 mit folgendem Schreiben:

Dr. Fritz Arlt

[illegible]
Aufmberg
Tel. [illegible]

8.2.89.

Herrn
Dr. Götz Aly
Stubenrauchstraße 11
1000 Berlin 45.

Sehr geehrter Herr Dr. Aly,
der Schreiber, der Sicherstellung von Stiftungsgütern von Juden sei tens der Staatspolizei in Berlin verlangt, (Zugesandte Ablichtung) ist nicht personenidentisch mit mir.

Die Schreiben von Dr. Föhl,und die Erklärung von Weirauch,Kenntnis von Transporten der UWZ (Dienststelle des RSHA in Posen) ins GG erhalten zu haben,sind einige Jahre nach meinem Weggang aus Krakau geschrieben.Ihnen ist sicher bekannt,daß Frank im Frühjahr in Berli 1940 gegen das wilde,für jeden Kreishauptmann überraschende Zuführe von polnischen Aussiedlern protestierte und Meldung verlangte,über die erfolgte Reglung bin ich nicht mehr unterrichtet worden.

Hinsichtlich der Zuständigkeiten des RKF gibt es einmal Unterlagen aus dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg.Ausarbeitungen darüber liegen beim Institut in München.Beide Stellen bestätigen in ihren Ergebnissen meine Aussagen.

Bei der Beurteilung der Verfahrensweisen und der Grundsätze empfiehl es sich die Differenzierung der Strategien der 3 Oberpräsidenten (Da zig,Warthegau,Oberschlesien)sowie die unterschiedlichen volkspoliti- schen und industriepolitischen Bedingungen, die strategie- und taktikbestimmend waren,wie die Motivation der drei Genannten. Za bar nicht

Hinsichtlich der personalen- motivatorischen Unterstellungen der Unbelehrbarkeit des Schreibers sollten Sie sich doch überlegen,ob Si aus dem Faktischen,aber zugleich auch aus verhaltensvergleichenden

Studien jener Zeit dieses Urteil nicht zurücknehmen müssen.
Hat der "Unbelehrbare" gelernt und hat er unter Gefährdung seiner Existenz Konsequenzen aus dem Lernprozeß gezogen,wenn nach jüdischer polnischen gedruckten Quellen,

er am 9. Nov.38 zu Gunsten des Fränkelschen Institutes und der dort tätigen jüdischen Gelehrten interveniert bei dem Gauleiter und Oberpräsidenten Josef Wagner (40 aus der Partei ausgestoßen,45 erschossen und ein Schutzverhältnis bewirkt? Ergebnis: Bis zu seinem Tode sandte der Vorsitzende der Breslauer Juden in Israel,Erich Levin Neujahrsgl wünsche.
er im Nov.39 polnische,jüdische Professoren in Krakau warnt in eine Falle der Sicherheitspolizei zu laufen,die deren kollektiver Verhaft galt?Wenn er in der Folge zu Gunsten der Verhafteten Polen und Juden interveniert?
er im Sommer 40 der jüdisch versippten,polnischen Braut eines Kameraden (=ffizier) Papiere ausstellen läßt,die dieser als Volksdeutsche Ausreise aus dem GG ermöglicht und damit die Voraussetzung für die Verheiratung brachte?

Ich schenke es mir aus einer sehr großen Zahl von eidesstattlichen Erklärungen von Widerstandskämpfern,polnischen Staatsangehörigen, einschließlich des zum Tode verurteilten Leiters der polnischen Widerstandsbewegung Südwest,weitere Hinweise zur Erhärtung der Frage beizubringen, können Sie das Urteil aufrecht erhalten?

Der Schriftwechsel mit Ihnen veranlaßt mich meinerseits einen bescheidenen Beitrag zur Aufhellung der Problematik,die Sie beschäftigt zu schreiben,sofern ich dies ob meines Alters noch vermag.

Mit besten Grüßen

Für Antwort.

Dieses Schreiben blieb unbeantwortet.

# Abschnitt 5

# SONDERSTUDIE ZUR WIDERLEGUNG DER BEHAUPTUNGEN VON DR. G. ALY / S. HEIM ÜBER ARLTS ANTISEMITISMUS

Dr. G. Aly macht aus Arlt, der zur Existenzerhaltung der Bewohner Restpolens 1939/40 eine Fürsorge- und Wohlfahrtsregelung für Polen, Ukrainer und Juden geschaffen hatte, einen Judenverfolger und Antisemiten.

So zu lesen in einem Brief an Arlt vom 13. 7. 88 (vergl. Vorspiel): Zitat: „Die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge im Generalgouvernement und der Reichskommissar zur Festigung deutschen Volkstums in Kattowitz waren – daran lassen die Dokumente gar keinen Zweifel – Zentren der intellektuellen und organisierten Vorbereitung zur Endlösung."

*Richtigstellung:*

Mit seiner Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge (BuF) hatte Arlt eine Selbsthilfeorganisation aufgebaut, in der zuerst Polen und Ukrainer, und nach einigen Schwierigkeiten auch die Juden zusammenarbeiteten. Ziel war, die völkische Substanz von Juden, Polen und Ukrainern zu sichern. M. Weichert, der Sprecher der jüdischen Selbsthilfe, bestätigt in seinem Buch „Jüdische Selbsthilfe", Tel Aviv 1962, die Unterstützungen, die das Selbsthilfekomitee der Juden durch BuF erhielt. Als Beispiel seien die Erleichterungen für Hilfssendungen aus dem Ausland genannt (vergl. Dokumente).

Der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums (RKF) in Kattowitz hatte nichts mit jüdischen Angelegenheiten zu tun. Der Auftrag des RKF in Kattowitz ist gründlich dargestellt in Arlt: „Siedlung und Landwirtschaft in den eingegliederten Gebieten Oberschlesiens" (Berlin 1942) und in den „Trials of War

Criminals before the Nuremberg Military Tribunals", Document Nr. 4130, und im Beweismaterial Band XLII Urkunden S. 621 ff.

In Oberschlesien hatte Himmler 1939/40 den Regierungspräsidenten von Oppeln, Albrecht Schmelt, zum alleinig Zuständigen für Judenfragen ernannt.

Die folgenden Zitate sind dem Buch von Dr. G. Aly / S. Heim entnommen.

*Behauptung:*

„... Dazu gehörte ein abgestuftes System von Sozialleistungen und Ausgrenzungen, von der Lebensmittelzuteilung für umgesiedelte Volksdeutsche bis zu Hunger, Enteignung und Arbeitszwang für Jüdinnen und Juden." (S. 210.)

*Richtigstellung:*

M. Weichert schreibt, unter Hinweis auf eine Konferenz bei Arlt (14. 3. 40) „Ein direkter Arbeitserfolg der Konferenz war, daß seit dem die Judenräte aus der Kompetenz der Gestapo herausgenommen und in die Verantwortung der Zivilverwaltung überführt wurden." (Übersetzt aus dem Jiddischen, Kopie des Originals vergl. Dokumente.)

Erst danach war es BuF möglich, die Juden in das Selbsthilfesystem einzubeziehen. Im Vorfeld dieser Konferenz hatte Arlt darauf hingewirkt, daß Judenmißhandlungen seitens der Polizei in Warschau abgestellt wurden. Auch das erwähnt M. Weichert (vergl. Dokumente).

Weichert hatte seine Zusage zur Mitarbeit der jüdischen Selbsthilfe von der Einrichtung eines „Runden Tisches" abhängig gemacht. Dieses Kooperationsgremium („Haupthilfsausschuß") sollte isolierte Verfahrensmöglichkeiten ausschalten und Interessen ausgleichen. Dadurch wurden Ausgrenzungen bei den Sozialleistungen vermieden.

Im übrigen wurde dies auch kontrolliert durch eine Kommission des Internationalen Roten Kreuzes und durch eine Delegation des amerikanischen Jointcomitees.

*Behauptung:*

„Die Vernichtung der polnischen Jüdinnen und Juden ... gehörte zum Minimalkonsens. Leute wie Meinhold" (jetzt folgt die Aufzählung der „Vordenker der Vernichtung", beginnend mit Meinhold und endend mit Arlt) „lieferten eine volkswirtschaftlich und bevölkerungssoziologisch ‚sinnvolle' Begründung für den Massenmord in Polen." (S. 290.)

*Richtigstellung:*

Dr. G. Aly / S. Heim mußten bei ihren Studien der „Ordnung der Fürsorge und Wohlfahrt" den Widersinn ihrer Aussage selbst bemerkt haben. In keiner Verord-

nung und in keinem Gesetz, Fürsorge betreffend, gibt es einen Hinweis für die oben zitierte Behauptung.

In seinem Verhältnis zu den Juden ließ sich Arlt von der Überzeugung des Admirals Canaris leiten. Der Admiral hatte wiederholt über die Obristen Wieser und Dehmel Arlt zur Motivation seiner Arbeit mitteilen lassen: „Der Kriegseintritt der USA wird von der Behandlung der Juden im Generalgouvernement abhängen!" Der Vorwurf der Judenfreundlichkeit führte unter anderem zur Entlassung Arlts durch Frank.

*Behauptung:*

„... Artlt, der zuvor für die Rassenpolitischen Ämter der NSDAP in Leipzig und Breslau die jüdische Bevölkerung erfaßt und ‚Fremdrassigenkarteien' aufgebaut hatte." (S. 169.)

*Richtigstellung:*

Arlt hatte weder in Leipzig noch in Breslau „Fremdrassigenkarteien" aufgebaut. Bei seinen Struktur- und Wanderungsuntersuchungen der Juden in Leipzig hatte er sich 1934 auf das polizeiliche Melderegister gestützt.

*Zur Fortsetzung der obenstehenden Behauptung:*

Aufgrund eines Vortrages von Dr. G. Aly in Leipzig am 8. 11. 88 vor der „Arbeitsgemeinschaft Kirche und Judentum" und der israelischen Religionsgemeinde zu Leipzig berichtet „Der Sonntag", Wochenblatt der Evangelischen Kirche in Sachsen: „Diese Kartei wurde später zum Buche des Todes, nach welchem man Leipziger Juden listenmäßig deportieren und nachfolgend vergasen konnte." (Vergl. Briefwechsel/Vorspiel.)

*Zur weiteren Richtigstellung:*

Arlts erster jüdischer Gesprächspartner bei den Verhandlungen zum Aufbau der jüdischen Selbsthilfeorganisation war Prof. Bornstein. Dieser kannte Arlts Leipziger Struktur- und Wanderungsuntersuchung der Juden und anerkannte sie in der Methode als eine erste statistische und auf Fakten beruhende Strukturanalyse.

*Behauptung:*

„Seraphim, dessen Buch ‚Das Judentum im osteuropäischen Raum' Arlt als ausgezeichnetes großes Werk schätzte, und den er 1940 als Berater in Judenfragen zu Verhandlungen hinzuzog ..." (S. 222.)

*Richtigstellung:*

Arlt kannte Seraphim von einer Begegnung in Königsberg (1937). Seraphims Buch: „Das Judentum im Osteuropäischen Raum", das keinen Aufruf zur Juden-

vernichtung enthielt, war unter allen Abhandlungen über das Ostjudentum die einzige empfehlenswerte Schrift.

Arlt hat Seraphim nie als Berater zugezogen.

*Behauptung:*

„Nebenbei sei hier eingefügt: Fritz Arlt suchte sich im Juli 1942 aus ‚jüdischem Kulturgut', das das Reichssicherheitshauptamt in Frankreich geraubt hatte, einen Teppich für seine Kattowitzer Dienststelle aus, ‚und gleichzeitig einige Stücke, die er privat erwerben wollte'." (S. 197.)

*Richtigstellung:*

Zu Teil 1 der Unterstellung: Es ist lächerlich anzunehmen, Arlt habe sich um die Fußbodenbeläge in seiner Dienststelle persönlich gekümmert. Zu Teil 2: Arlt hat nichts aus ehemaligem jüdischen Besitz erworben. Die Verfasser sollten, statt derartige Verdächtigungen auszusprechen („er wollte"), zur Kenntnis nehmen, daß Arlt in dieser Zeit einen SSOstubaf. Hackbart und einen Verwaltungsführer Hstuf. Labitzki aus seinem Dienstbereich wegen Aneignung von konfisziertem Gut über seinen Rechtsabteilungsleiter RA Dr. Buchholz einem Gerichtsverfahren zugeführt hat.

*Behauptung:*

„Ein Jahr später, am 30. Mai 1942, wandte sich Carl Clauberg, nachdem er zuvor mit Fritz Arlt verhandelt hatte, noch einmal an Himmler." (S. 417.)

*Richtigstellung:*

Clauberg besuchte Arlt im Mai 1942, als er mit seiner Familie in Weichsel zum Wochenende war. Sein Anliegen: Er wollte Brachland haben für den Anbau von Pflanzen. Er wandte sich auf eine Empfehlung eines Dr. Schulz an Arlt, weil er gehört hatte, daß in der Dienststelle des Gauleiters und Oberpräsidenten von Oberschlesien, dessen Geschäfte Arlt führte, auch das Bodenamt installiert war, das über beschlagnahmte Flächen für Zwecke des Reichskommissars verfügte. Bei diesem Besuch erwähnte Clauberg Pflanzen, die sich auf die Conception auswirken, und sagte, er wolle das Land für Tierversuche haben. Verfügungsberechtigt über das Land war der Reichskommissar. Arlt verwies ihn an Himmler. Von Experimenten an Menschen war keine Rede gewesen. Das war geheime Reichssache.

Clauberg hat weder mit Arlt „verhandelt" noch hat er ihm den Zweck seiner Experimente mitgeteilt.

*Behauptung:*

„1940 schlug Arlt öffentlich vor, die gesamte jüdische Minderheit auszusiedeln." (S. 211.)

*Richtigstellung:*

Arlt hat nie einen Vorschlag der Aussiedlung der gesamten jüdischen Minderheit gemacht.

Die Behauptung ist ein typisches Beispiel für die Art, wie Dr. G. Aly / S. Heim Texte in ihrem Sinne kürzen und auslegen. Sie beziehen sich auf eine Erwähnung einer sowohl in deutschen wie in jüdischen Kreisen damals kursierenden Überlegung. Der genaue Wortlaut, zitiert aus Arlt: „Übersicht über die Bevölkerungsverhältnisse im Generalgouvernement" (S. 20/21) lautet: „Sollte der große Plan, den Juden nach Neuordnung Europas einen eigenen, außerhalb Europas liegenden Teilraum anzuweisen, in Erfüllung gehen, so würde der Lebensraum des GG um rund 1 500 000 Juden entlastet werden."

Hinzugefügt sei, daß sich die polnische Regierung 1937 mit derartigen Plänen beschäftigte, um die „Judenfrage" in Polen zu lösen. Dazu stellen Dr. G. Aly / S. Heim auf Seite 88 fest:

„Ende Oktober 1937 reiste eine polnische Delegation in die damalige französische Kolonie Madagaskar, um zu prüfen, in wieweit dort polnische Juden angesiedelt werden könnten. Im Dezember desselben Jahres verhandelte der polnische Außenminister Józef Beck mit seinem französischen Kollegen Yvon Delbos über das Madagaskarprojekt."

*Behauptung:*

„Um seine Sätze zu veranschaulichen, veröffentlichte der Autor" (gemeint ist Arlt) „eine Karte über die ‚Judenbelastung im Generalgouvernement'." (S. 212.)

*Richtigstellung:*

Dr. G. Aly / S. Heim beziehen sich auf eine Karte „Juden im Generalgouvernement", die neben 11 anderen der Unterrichtung der Verwaltungsverantwortlichen über die Volks- und Siedlungsverhältnisse im Generalgouvernement dienen soll. Sie sind Kopien aus den bevölkerungsstatistischen Unterlagen des geographischen Instituts der Universität in Krakau. Die Veröffentlichung geschah auf Anregung der Dienststelle I C des Admirals Canaris. Ihre gemeinsame Überlegung – Führung I C (Krakau) und Arlt – führte zu der Absicht, eine Dokumentation zu schaffen, die den Status quo darstellte für alle Fälle einer befürchteten Veränderung. Dazu gehörte damals Mut! Prof. Dr. W. Kubijowytsch schreibt dazu: „Mit unserem Material und mit unserer Hilfe ließ Dr. Arlt statistische Aufstellungen über die Bevölkerungsverhältnisse im Gg. drucken und legte damit bereits Anfang 1940 die Zahlen der Polen, Ukrainer und Juden amtlich fest und versuchte dadurch eine Hinderungsmöglichkeit für die beginnende Dezimierungspolitik zu schaffen." (Vergl. Dokumente.)

*Behauptung:*

Dr. G. Aly / S. Heim zitieren aus einem Privatbrief H. Stutzkes. „Arlts Aufgabe als Chef der RKF-Außenstelle Oberschlesien war ‚schnell umrissen': (nun folgt das Zitat aus dem Brief) ‚Wir haben die wiedergewonnenen Ostgebiete ... deutsch zu gestalten. Zu diesem Zweck evakuieren wir Polen und Juden in das Generalgouvernement.'." (S. 169.)

*Richtigstellung:*

Die Verfasser ignorieren wider besseres Wissen (S. 151), daß der RKF überhaupt nicht evakuieren konnte. Sie vernachlässigen die organisatorische Zuständigkeit. Aus den organisationspolitischen Verfügungen Himmlers hätten sie wissen müssen, daß dieser in der Jahreswende 1939/40 den SS-Of. Albrecht Schmelt zum alleinigen Beauftragten für die Behandlung der Juden bestellt hatte und dieser die Juden 1940 in die Stadtbereiche Sosnowitz und Bendzin umgesiedelt hatte.

*Behauptung:*

„Daneben hatte Arlt genügend Zeit und Energie, die ‚Sektion für Rassen- und Volkstumsforschung' am Institut für Deutsche Ostarbeit in Krakau aufzubauen, die unter seinem Einfluß zunächst den Namen ‚Bevölkerungswissenschaft und Rassenkunde' trug und von Anfang an über das Referat ‚Judenforschung' verfügte." (S. 218.)

*Richtigstellung:*

Arlt war nie Sektionsleiter am Institut für Deutsche Ostarbeit. Hätten die Verfasser die Biographien ihrer Probanden unvoreingenommen studiert, dann hätten sie sich die Unterstellung der Übernahme einer Sektion „Rassen- und Volkstumsforschung" durch Arlt versagt; denn sie hätten feststellen müssen, daß Arlt mit dem Rassenpolitischen Amt der NSDAP völlig zerfallen war. Seine Kooperation mit von Eickstaedt, seine Volkstumspolitik bei Josef Wagner, sein Schutzverhalten den Juden gegenüber nach dem Pogrom von 1938 waren Ursache für die Intrigen des RPA gegen den Habilitationsschriftentwurf und die Bestrebungen der Posener Hochschullehrer, Arlt in die Zuwahl zu ihrem Kollegium einzubeziehen. Sein Einsatz für eine humane Behandlung der Juden während seiner Tätigkeit im Generalgouvernement brachten noch mehr Spannungen in das Verhältnis zwischen ihm und dem RPA.

*Behauptung:*

„Spätestens seit Juni 1940 hatte Arlts Abteilung ... darauf gedrungen, das gesamte Judentum in einem bestimmten Gebiet zusammenzufassen. Da dabei möglichst viele Menschen aus dem Generalgouvernement ausgesiedelt werden sollten, bemühten sich seine Mitarbeiter unablässig darum, die Zahl der zur Zwangsumsiedlung vor-

gesehenen Menschen zu erhöhen: Sie schlugen vor, die Nürnberger Gesetze so abzuändern, daß im Generalgouvernement ‚Halbjuden' genauso verfolgt werden könnten wie ‚Volljuden'. Der von Arlt besonders geförderte Judenreferent seiner Abteilung, Heinrich Gottong, machte sich dafür stark, auch die nichtjüdischen Eheleute aus ‚Mischehen' den gleichen antijüdischen Gesetzen und Diskriminierungsmaßnahmen zu unterwerfen und sie ebenfalls auszusiedeln." (S. 212.)

*Richtigstellung:*

Zur Widerlegung muß wiederholt werden, daß für Fragen, die Juden und die Zwangsumsiedlung betreffend, ausschließlich das RSHA zuständig war.

Die Verfasser beziehen sich auf einen Bericht der Publikationsabteilung Franks: „Ein Jahr Aufbauarbeit", Krakau 1940. Sie unterstellen die darin enthaltene antisemitische Tendenz willkürlich der Abteilung Arlts. Als Gegenbeweis sei nur ein Beispiel erwähnt: Arlt hat, wie eine eidesstattliche Erklärung bestätigt, einer Halbjüdin aus einer polnisch-deutschen Ehe, die ein deutscher Oberleutnant heiraten wollte (Canarisdienststelle Krakau), deutsche Volkszugehörigkeit bescheinigt. (Siehe Dokumente.)

Den „von Arlt besonders geförderten" Gottong hatte sich Arlt nicht in seine Abteilung geholt; er war ihm aufgedrängt worden und wurde später auf Arlts Veranlassung versetzt.

In einer Anlage zum Briefwechsel (Vorspiel) legt Dr. Aly als Beweis für Arlts antisemitische Tätigkeit ein Schreiben der Staatspolizeileitstelle Berlin bei, unterschrieben von Dr. Arlt. Ausfertigungsdatum ist der 16. 11. 1939, liegt also in einer Zeit, in der Dr. Fritz Arlt im Generalgouvernement tätig war. Dr. G. Aly konstruiert also Personenidentität zwischen dem SS-Führer Dr. Arlt im Staatspolizeiamt und dem Verfasser. (Vergl. Dok. Nr. 15.)

Dem gleichen Irrtum unterliegen Dr. G. Aly / S. Heim bei der Beschreibung der Einweihung des Frankfurter Instituts zur Erforschung der Judenfrage im März 1941. Dort lassen sie den hier schreibenden Fritz Arlt unter den „handverlesenen" Gästen erscheinen. (S. 219.)

Wahr ist, daß Arlt an dieser Einweihung überhaupt nicht teilgenommen hat.

## Schlußbemerkungen

Die Einordnung Arlts in das Konstrukt „Vordenker der Vernichtung" (VdV) durch Dr. G. Aly / S. Heim ist nach den vorstehenden Widerlegungen unhaltbar.

1. Dr. Aly hatte im Briefwechsel (Vorspiel) von Arlt erfahren, daß sich Arlt, – ausgelöst durch das Pogrom vom 8./9. Nov. 1938 – gegen die Ausschreitungen gegen die Juden demonstrativ und aktiv gewendet hatte. (Schutz für das Fränkelsche

Institut in Breslau, Arbeitsplatz und Beschäftigung für den Historiker Dr. Willy Cohn.) Dafür gibt es jüdische Bestätigungen, z. B. von Prof. Dr. Josef Walk, Jerusalem, Leo-Baeck-Institut.

Arlt hatte Dr. Aly auch darauf aufmerksam gemacht, daß er im November 1939 jüdische, polnische, ukrainische, galizische Professoren über den polnischen Germanisten Reichart vor Verhaftung durch die Sicherheitspolizei gewarnt hatte. In dem gleichen Briefwechsel weist Arlt die unhaltbare Erfindung der Fremdvolkkarteien zurück.

2. Dr. G. Aly / S. Heim haben in ihren Studien selbst festgestellt, daß erst im Wechsel 1940 auf 1941 die Judenverfolgung durch Umsiedlung (Ghettoisierung) und Einsiedlung Wiener Juden im Generalgouvernement begann, also zu einer Zeit, als – wie die Verfasser selbst schreiben – „... Hitler das Programm ‚Deutsches Aufbauwerk im Generalgouvernement' nach langen Schwankungen schließlich inhaltlich akzeptiert ..." hatte.

Zu dieser Zeit war Arlt bereits nicht mehr in Krakau.

3. Dr. G. Aly / S. Heim ignorieren vollkommen – obwohl sie behaupten, Arlts Schrift „Fürsorge und Wohlfahrt im Generalgouvernement" gelesen zu haben – die Bemühungen Arlts für die Juden im Generalgouvernement, im Sinne einer Substanzerhaltung. Diese Bemühungen wurden anerkannt von M. Weichert, dem Sprecher der jüdischen sozialen Alleinhilfe, Verhandlungspartner Arlts und Zeitzeuge („Jüdische Alleinhilfe", Tel Aviv 1962) ebenso wie von Frau Mgr. Agatstein-Dormontowa („Die Juden in Krakau in der Deutschen Besatzungszeit", Krakau 1957). Beide schreiben in ihren Veröffentlichungen nichts von antisemitischen Tendenzen Arlts. M. Weichert berichtet, daß Arlt mit Erfolg gegen antisemitische Ausschreitungen interveniert hat.

Andere, in der Dokumentensammlung zu Wort kommende Betroffene, erwähnen mehrfach Arlts humanitäre Hilfe für Polen, Ukrainer und Juden, besonders in dem Hungerwinter 1939/40, als seine Fürsorgeorganisation sich noch im Aufbau befand und unbürokratische Hilfe dringend benötigt wurde, um „Tausende vom Tode des Verhungerns und Erfrierens zu retten". (Vergl. Dokumente.)